



Fachbereich: FB 1 Zentrale Dienste
Sachbearbeitung: Martin Schmedtje
Telefon: 04331/202-350
E-Mail: martin.schmedtje@kreis-
rd.de

NIEDERSCHRIFT -Öffentlicher Teil-

Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde

Sitzungstermin: Montag, 05.05.2014
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr
Ort, Raum: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Kreistagssitzungssaal

Vorsitz

Clefsen , Lutz

reguläre Mitglieder

Weiß , Wolfgang

Rempe , Gudrun

entschuldigt

Ackermann , Torben

Albrecht , Tim

Asmussen , Daniela

Brunkert , Renate

Butenschön , Jan

Christiansen , Manfred

Conrad , Cornelia

ab TOP 5

Dolgner Dr., Kai

bis einschließlich TOP 6

Fandrey , Eike

Fries , Lothar

Griefnow , Otto

Harders , Martin

Herdan , Marion

Hollmann , Jörg

Jacob , Sabrina

Kahle , Thomas

Kaminski , Ulrich

Khuen-Rauter , Ulrike

Klimach-Dreger , Martin	entschuldigt
Kolls , Jens	entschuldigt
Langer , Klaus	
Last , Hans-Werner	
Lembcke , Birka	entschuldigt
Liedtke , Sandra	
Lüth , Hans-Jörg	ab TOP 5
Neve , Hans Hinrich	ab TOP 5
Nielsen , Beate	
Paysen , Eicke	
Ploog , Iris	entschuldigt
Riebeling , Doris	
Rooswinkel-Weiß , Sina Marie	
Rösener , Armin	
Schlegelberger-Erfurth , Regine	ab TOP 5
Schlömer , Christian	
Schorn , Monika	
Schulz , Thorsten	
Steckel , Raoul	
Steffen , Wolfgang	
Steins , Hartmut	
Storch , Susanne	
Tank , Reimer	
Thordsen , Peter	
Tretbar-Endres , Martin	
Wendt , Guido	entschuldigt
Wilkens , Norbert	
van den Toren , Gerrit	

Verwaltung

Schwemer Dr., Rolf-Oliver
Schmedtje , Martin

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am
16.12.2013 und 31.03.2014
4. Umbesetzung von Ausschüssen
5. Fracking im Kreis Rendsburg-Eckernförde; hier: Antrag der
Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
6. Beteiligungsverwaltung
E.ON Hanse AG
Information und Aussprache über den aktuellen Stand der
Umstrukturierungsmaßnahmen

VO/2014/243

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Kreispräsident eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr und stellte fest, dass der Kreistag beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Die Abgeordneten Klimach-Dreger, Kolls, Lembcke, Ploog, Rempe und Wendt haben sich entschuldigt, einige Abgeordnete würden sich wegen der Verkehrssituation verspäten.

Der Kreispräsident wies auf die verteilten Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 hin.

Auf Vorschlag des Kreispräsidenten beschloss der Kreistag einstimmig, den Punkt 7 der Tagesordnung in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

zu 2 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde wurden keine Fragen gestellt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 16.12.2013 und 31.03.2014

Der Kreispräsident verwies auf die vorliegenden Niederschriften und teilte mit, dass das Abstimmungsergebnis zu TOP 6 in der Niederschrift vom 31.03.2014 richtig wie folgt lauten müsse:

42 Ja Stimmen, 2 Nein Stimmen, 1 Stimmenthaltung.

Mit der vorstehenden Änderung wurden die Niederschriften vom 16.12.2013 und 31.03.2014 genehmigt.

zu 4 Umbesetzung von Ausschüssen

Auf Antrag der SSW Kreistagsfraktion vom 15.04.2014 fasste der Kreistag den folgenden einstimmigen Beschluss zur Umbesetzung von Ausschüssen:

Sozial- und Gesundheitsausschuss

- Die bisherige 2. Stellvertreterin Frau Melanie Jürgensen , Ascheffel, wird 1. Stellvertreterin. (bürgerliches Mitglied)
2. Stellvertreter wird Herr Dr. Michael Schunck, Felm. (bürgerliches Mitglied)

Jugendhilfeausschuss

Frau Melanie Jürgensen, Ascheffel, wird 1. Stellvertreterin. (bürgerliches Mitglied)

Herr Volker Plath, Rieseby, wird anstelle von Herrn Christian Brodersen, Büdelsdorf (bürgerliches Mitglied) 2. Stellvertreter. (bürgerliches Mitglied)

IT-Arbeitskreis

Herr Leif-Olaf Truelsen-Knigge, Fleckeby (bürgerliches Mitglied) wird den Sitz von Herrn Bergemann im AK IT-Gruppe übernehmen.

Auf Antrag der CDU Kreistagsfraktion vom 30.04.2014 fasste der Kreistag den folgenden einstimmigen Beschluss:

Für die vakante Position im Aufsichtsrat der Rendsburg Port Authority GmbH (Nachfolge Ledune) wird Herr Christian Delfs benannt.

zu 5 Fracking im Kreis Rendsburg-Eckernförde; hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Kreispräsident verwies auf den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW Kreistagsfraktion vom 05.05.2014 und betonte, dass der Antrag wegen der im Kreisgebiet vorhandenen Fördergebiete – ungeachtet der allgemeinen politischen Forderungen zulässig sei.

Abg. Steckel (Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte den Antrag aus der Sicht seiner Fraktion und schlug vor den Punkt 1. des Resolutionsentwurfes um den Einsatz von Additiven zu erweitern.

Abg. Christiansen (CDU) machte deutlich, dass seine Fraktion Fracking ablehne und den vorliegenden Antrag mittragen werde. Sein Wunsch sei es, dass der Kreistag sich zukünftig auf Kreisthemen konzentriere. Dem Abg. Dolgner (SPD) sprach er seinen Dank für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem aktuellen Bergrecht aus.

Abg. Butenschön (FDP) stellte den Standpunkt seiner Fraktion dar. Eine generelle Ablehnung von Fracking ohne weitere Beratung hielt er nicht für richtig und beantragte daher, den Antrag insgesamt an den Umwelt- und Bauausschuss zu verweisen. Es müsse der Grundsatz Gründlichkeit vor Schnelligkeit gelten.

Abg. Dr. Dolgner (SPD) signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion und machte deutlich, dass es sich um ein kommunales Thema handelt, mit dem sich der Kreistag befassen sollte. Fracking leiste keinen Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur

beschlossenen Energiewende. Die vorhandenen Ressourcen, insbesondere die Windenergie sollten besser ausgenutzt werden.

Abg. Albrecht (CDU) lehnte grundsätzlich die pauschale Ablehnung neuer Technologien ab und erläuterte sein Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Ziffern des Antrages ausführlich.

Der Kreispräsident wies darauf hin, dass persönliche Erklärungen zum Abstimmverhalten nach der Geschäftsordnung des Kreistages erst nach erfolgter Abstimmung vorgesehen seien.

Abg. Asmussen (Die Linke) lehnte jede Form von Fracking ab. Die Auswirkungen von Fracking seien unbekannt, die Risiken nicht abschätzbar.

Abg. Rösener (Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Schutz des Trinkwassers in den Vordergrund und wies auf die unabsehbaren Risiken hin. Aus seiner Sicht wäre eine einstimmige Verabschiedung der Resolution wünschenswert gewesen.

Abg. Dr. Dolgner (SPD) berichtete aus verschiedenen Studien zum Thema und machte deutlich, dass es in erster Linie um die Gewinnmaximierung für die entsprechenden Konzerne gehe. Er zeigte Verständnis für den Wunsch nach umfassender Erörterung im Umwelt- und Bauausschuss, sprach sich aber gegen eine Verschiebung aus.

Abg. Butenschön (FDP) machte abschließend deutlich, dass die im Antrag genannten Ziele grundsätzlich unterstützt, eine vorherige umfassende Beratung im Umwelt- und Bauausschuss aber für erforderlich gehalten werde und erinnerte an den gestellten Antrag.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit (10 Ja-/29 Neinstimmen/2 Stimmenthaltungen) den Antrag der FDP Fraktion, dass Gesamtthema an den Umwelt- und Bauausschuss zu verweisen, abzulehnen.

Der Kreistag beschloss wie folgt einzeln über die in der Resolution genannten Punkte:

Zu Ziffer 1: mit Mehrheit (4 Neinstimmen/ 1 Stimmenthaltung)

Zu Ziffer 2: Einstimmig

Zu Ziffer 3: Einstimmig

Zu Ziffer 4: mit Mehrheit (3 Neinstimmen/ 1 Stimmenthaltung)

Prüfauftrag Umwelt- und Bauausschuss: Einstimmig

Die folgende Resolution wurde somit vom Kreistag beschlossen:

Der Kreistag von Rendsburg-Eckernförde lehnt Fracking zur Erschließung von unkonventionellen Vorkommen von Erdgas und Erdöl ab.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. keine Genehmigungen für die Aufsuchung und Erkundung unkonventioneller Erdgas- und Erdöllagerstätten unter Einsatz von umweltgefährdenden

- Substanzen zu erteilen und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern,
2. sicherzustellen, dass der Schutz des Grundwassers in Schleswig-Holstein Vorrang vor allen Erkundungen des Erdreichs hat,
 3. die betroffenen Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend über die Gefahren des Fracking aufzuklären sowie über konkrete Aufsuchungs- und Erkundungsvorhaben zu informieren,
 4. bei jeder Form der Exploration und der Gewinnung von Erdöl und Erdgas in Schleswig-Holstein eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen und sich im Bundesrat für eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Frackingvorhaben sowie ein bundesweites Verbot umweltgefährdender Substanzen bei Fracking und hydraulischer Stimulation einzusetzen.

Der Umwelt - und Bauausschuss des Kreises sollte prüfen, ob der Einsatz von Hydraulic Fracking wegen des unkalkulierbaren Risikos und der dabei eingesetzten toxischen, zum Teil unbekanntenen Substanzen, im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger ist.

In diesem Zusammenhang ist weiter zu prüfen, ob zur Schaffung der diesbezüglichen Rechtsklarheit für unsere Bürgerinnen und Bürger Bundestag und Bundesrat das veraltete Bergrecht zu ändern ist und idealerweise Hydraulic Fracturing zu verbieten ist. Zumindest könnte das veraltete Bergrecht dahingegen novelliert werden, dass die Beteiligungsrechte (auch die kommunalen) nicht weiter ausgehebelt werden können. Künftig könnte bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking oder konventioneller Förderung von Kohlenwasserstoffen – beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis – neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden, Naturschutzverbänden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden durch ein Planfeststellungsverfahren sowie die Einhaltung der EG-Wasserrahmenrichtlinien.

Bereits die Pläne könnten einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden.

Nach der Abstimmung kündigte der Kreispräsident eine Aussprache zum Verfahren bei künftigen Resolutionen an.

zu 6	Beteiligungsverwaltung E.ON Hanse AG Information und Aussprache über den aktuellen Stand der Umstrukturierungsmaßnahmen	VO/2014/243
-------------	--	--------------------

Der Landrat erläuterte den Sachverhalt und ging auf die Mitteilungsvorlage vom 10.04.2014 ein.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit 4,054 % kommunaler Anteilseigner der E.ON Hanse AG in Quickborn.

Unter dem Begriff „Transformation der E.ON Hanse AG“ sind im Jahr 2013 verschiedene einschneidende Strukturmaßnahmen mit Bezug auf diese Gesellschaft auf den Weg gebracht worden. Im Kreistag sind diese Maßnahmen am 21.05.2013 erörtert und beschlossen worden. Die seinerzeit vereinbarte Abspaltung des Vertriebsgeschäfts ist ebenso wie ein Aktienrückkauf der E.ON Hanse AG planmäßig

im letzten Jahr umgesetzt worden. Dadurch konnte der kommunale Anteil an der Gesellschaft deutlich gesteigert werden. Die Kreise profitieren hierdurch nochmals verstärkt von dem erfolgreichen Geschäftsverlauf und der gesteigerten Dividendenausschüttung der E.ON Hanse AG. Die für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 mit der E.ON Hanse AG vereinbarte Dividendenausschüttung in Höhe von jeweils 90 Mio. Euro ist erreicht worden. Auch für das Geschäftsjahr 2014 ist eine Ausschüttung in dieser Höhe geplant.

In Zusammenhang mit diesen Beschlüssen hat der Kreistag bereits 2013 zur Stärkung des Unternehmens zugleich den Grundsatzbeschluss gefasst, den Teilbetrieb Nord der E.ON Netz GmbH mit seinem 110kV-Netz in die E.ON Hanse AG bzw. die Schleswig-Holstein Netz AG zu überführen. Diese Maßnahme soll nun plangemäß zum 01. Juli 2014 und wirtschaftlich rückwirkend zum 01.01.2014 erfolgen. Die über den Grundsatzbeschluss hinausgehende abschließende Entscheidung der E.ON Hanse AG zu diesem Vorhaben muss unter handels- und steuerrechtlichen Gesichtspunkten in der bereits terminierten Hauptversammlung am 07.05.2014 erfolgen.